



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. AUGUST 2021

Corona-Politik im Juli

Corona-Todesfälle bleiben auf einem sehr niedrigen Niveau

Die Zahl der täglich an Corona Verstorbenen war im gesamten Juli im unteren einstelligen Bereich. 77 am Coronavirus Erkrankte sind derzeit in stationärer Behandlung, davon müssen 10 künstlich beatmet werden. Zugleich sank die Zahl der aktiv Infizierten von knapp 40.000 Anfang Juli auf rund 30.000 Anfang August.

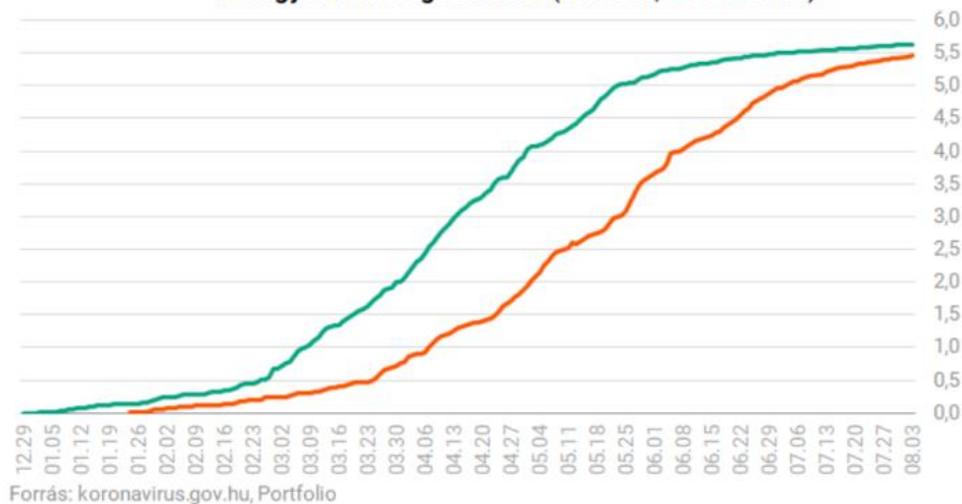
Dritte Impfung

Ungarn ist das erste Land in der Europäischen Union, welches eine dritte Impfung ermöglicht. Im Zusammenhang mit der Ausbreitung der aggressiven Delta-Variante sowie aufgrund von Studien, denen zufolge bei bestimmten Impfstoffen mit einer verringerten Wirksamkeit zu rechnen ist, wurde Anfang August die Registration für die Verabreichung der dritten Dosis eröffnet. Diese muss nicht mit dem Impfstoff der vorangegangenen Impfungen geschehen. Zugleich gilt, dass mindestens vier Monate seit der zweiten Impfung vergangen sein müssen und der Geimpfte 18 Jahre oder älter ist. Insbesondere für chronisch kranke und immunschwache Menschen wird die dritte Schutzimpfung empfohlen. Innerhalb von zwei Tagen registrierten sich hierfür 20.000 Menschen, wovon bereits 4.000 die dritte Vakzination erhielten.

Darüber hinaus wurde die verpflichtende Impfung für alle Beschäftigten im Gesundheitssektor eingeführt. Gesundheitspersonal, das noch nicht geimpft wurde, muss bis spätestens 1. September die erste Dosis des Impfstoffs erhalten. Nicht-geimpfte Ärzte, Pfleger und Apotheker dürfen nicht neu angestellt werden; jenen die sich der Impfung verweigern, soll gekündigt werden.

Etwa 5,628 Millionen Menschen in Ungarn ließen sich bis dato impfen, von denen mehr als 5,45 Millionen auch schon die zweite Dosis erhielten. 56,4% der ungarischen Bevölkerung sind demnach vollständig geimpft – in Deutschland beträgt der Anteil 52,6%. Die absolute Zahl der Erstgeimpften (grün) und vollständig Geimpften (orange) können Sie im Zeitstrahl in der folgenden Graphik mitverfolgen.

A koronavírus elleni vakcinával beoltottak száma a magyar lakosság esetében (millió fő, 1. és 2. oltás)



Pegasus-Affäre

Vor Jahren begann die israelische Cyber-Firma NSO das Spionageprogramm Pegasus zum Hacken von Smartphones auch gegen ungarische Ziele einzusetzen. Zu den überwachten Personen gehörten unter anderem Journalisten, Oppositionelle und wohlhabende Geschäftsleute, so die ungarische investigative Zeitung Direkt 36. Dem Medium zufolge gibt es auch Indizien, die darauf hindeuten, dass ungarische Staatsorgane hinter der geheimen Überwachung stecken.

Den Nachrichten vorangegangen war eine internationale Untersuchung, an der insgesamt 17 Nachrichtenagenturen unter der Leitung des Journalistennetzwerkes Forbidden Stories beteiligt waren, darunter die Washington Post, der Guardian, die Süddeutsche Zeitung, Die Zeit und Le Monde. Zusammen mit der Menschenrechtsorganisation Amnesty International griffen diese auf eine Datenbank mit den Aktivitäten von NSO-Kunden zu. Jene enthält mehr als 50.000 Telefonnummern, die nach den Recherchen des Fact-Finding-Projekts seit 2016 von NSO-Kunden in mehr als 50 Ländern auf der ganzen Welt gezielt überwacht wurden.

Vertreter der Oppositionsparteien in Ungarn verurteilten nach den Enthüllungen Mitte Juli den angeblichen Missbrauch der israelischen Spionagesoftware „Pegasus“ gegen ungarische Bürger durch die Regierung. Die Kritiker warfen der Orbán-Regierung vor, sie versuche, politische Gegner und unabhängige Journalisten durch den Zugriff auf ihre privaten Daten und die Überwachung ihrer Telefone zum Schweigen zu bringen, und bezeichneten den Skandal als „das ungarische Watergate“. Eine zwecks der Angelegenheit einberufene Sitzung des Ausschusses für Nationale Sicherheit wurde von mehreren Regierungsmitgliedern boykottiert, was Kritiker als Schuldeingeständnis interpretierten.

Vertreter der Regierung wiesen die Vorwürfe zurück und stellten fest, dass es seit 2010 eine Überwachung durch den Staat nur und ausschließlich in einem gesetzlichen Rahmen gegeben hat, zuvörderst mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung. Spionagesoftware sei hierfür notwendig, ein Missbrauch habe dagegen nie vorgelegen.

Die regierungsfreundliche Magyar Nemzet interpretierte den Spionageskandal als einen weiteren Angriff der von George Soros finanzierten NGOs auf die ungarische Regierung. Die

Zeitung behauptete, dass alle an der gemeinsamen Investigativ-Recherche Beteiligten über enge Verbindungen zum „Soros-Netzwerk“ verfügen würden. Das Blatt wirft zudem den linken Medien vor, den ursprünglichen Bericht zu verfälschen, indem diese mehrere westeuropäische Staaten sowie die USA, die ebenfalls auf die Pegasus-Software zurückgriffen, nicht erwähnen würden. Indem die Linksliberalen lediglich rüde diktatorische Staaten – und Ungarn – als Kunden der Firma NSO erwähnten, wollten sie Ungarn verunglimpfen.

Volksabstimmung in Aussicht

Am 21. Juli gab Ministerpräsident Viktor Orbán bekannt, dass die Regierung beabsichtigt, ein Referendum über das Kinderschutzgesetz Ungarns abzuhalten. Dem Ministerpräsidenten zufolge wurde Ungarn wegen seines Kinderschutzgesetzes von Brüssel aus attackiert: „Brüssel fordert nun Änderungen des Bildungsgesetzes und der Kinderschutzbestimmungen. Es beschwert sich, dass es bei uns unmöglich ist, was in Westeuropa bereits Normalität ist. Dort gehen LGBTQ-Aktivistinnen in Kindergärten und Schulen und halten Sexualunterricht. Das wollen sie auch hier, also drohen die Bürokraten in Brüssel uns damit, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einzuleiten – sie missbrauchen ihre Macht.“

Vorgesehen sei die kommende Volksabstimmung gegen Ende des Jahres oder Anfang 2022. Die Fragen hierzu lauten wie folgt:

1. Unterstützen Sie, dass in Schulen ohne elterliche Zustimmung verschiedene sexuelle Orientierungen gelehrt werden sollen?
2. Unterstützen Sie, dass man Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige fördern darf?
3. Unterstützen Sie, dass Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige erreichbar werden sollen?
4. Unterstützen Sie, dass für Minderjährige solche medialen Inhalte, die die sexuelle Entwicklung beeinflussen, uneingeschränkt erreichbar sein sollen?
5. Unterstützen Sie, dass Medieninhalte, die die Geschlechtsveränderung zum Gegenstand haben, für Minderjährige zugänglich sein sollen?

Der Ministerpräsident rief dazu auf, die Fragen mit „Nein“ zu beantworten.

Schon 2016 lancierte die ungarische Regierung eine Volksabstimmung vor dem Hintergrund des von der EU geplanten Verteilungsmechanismus für Migranten. Damals votierten mehr als 98% gegen eine Zwangsverteilung von Flüchtlingen nach Ungarn. Allerdings betrug die Wahlbeteiligung nur 43,3 % (3,646 Millionen Stimmen), was unter dem erforderlichen Quorum von 50 % lag. Der Großteil der ungarischen Opposition hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen.

Korruptionsvorwürfe gegen Katalin Cseh von der Momentum-Bewegung

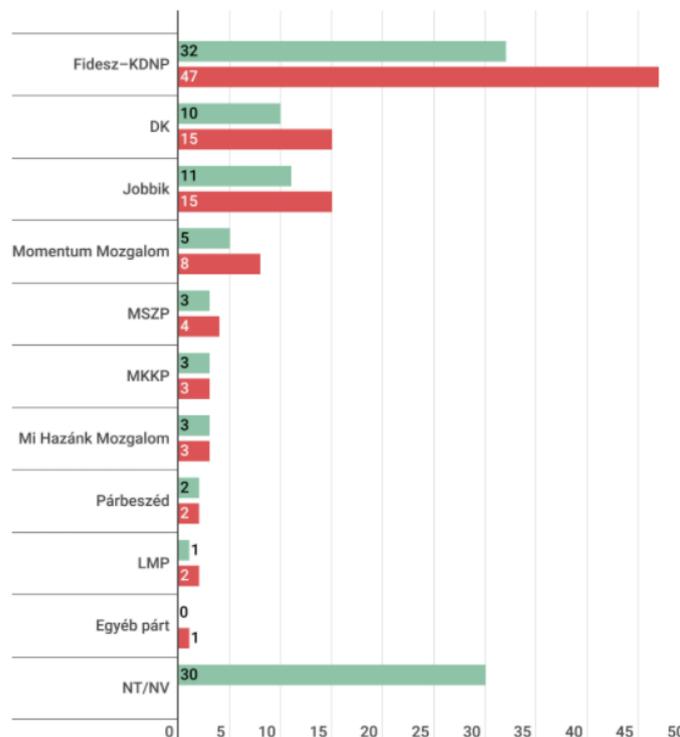
Das investigative Medium Bennfentes.net deckte auf, dass ein Druckereiunternehmen der Familie von Katalin Cseh im Zeitraum von 2013-2018 mindestens 285 Millionen Forint (etwa 800.000€) an EU-Fördermitteln erhielt. Dabei soll es Unstimmigkeiten gegeben haben, woraus Korruptionsvorwürfe gegen sie erwachsen sind. Katalin Cseh ist Europaabgeordnete der Oppositionspartei Momentum und war bis 2018 Geschäftsführerin des Unternehmens, schon zuvor jedoch aktiv am politischen Leben ihrer Partei beteiligt. Cseh appellierte nach ihrer Wahl ins EP des Öfteren, dass die EU ihre Direktzahlungen an die „korrupte“ ungarische Regierung einstellen müsse, stattdessen sollten die Gelder direkt an lokale Unternehmen, NGO's und Kommunen fließen.

Die Regierungspartei Fidesz erklärte indes Ende Juli, dass sie sich an das EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF wenden wird, damit Cseh „unrechtmäßig erhaltene“ EU-Subventionen zurückzahlen solle. Die Europaabgeordnete wies die Vorwürfe als „Lügen“ zurück und wittert eine rufschädigende Kampagne der Regierungsmedien hinter den Anschuldigungen.

Parteipolitische Neuigkeiten

Neueste Umfrageergebnisse

Den Ergebnissen einer Meinungsumfrage des regierungskritischen IDEA-Forschungsinstituts von Anfang Juli nach würde, wenn man die sicheren Wähler berücksichtigt, die amtierende Fidesz-KDNP Listenverbindung 47% der Stimmen erzielen. Die vereinigte Oppositionsliste aus MSZP, Jobbik, Demokratische Koalition, Momentum und LMP hingegen würde nur auf 45% der Wählerstimmen kommen. In der folgenden Graphik des Institutes sind die Parteipräferenzen der sicheren Wähler (rot) und der gesamten Bevölkerung (grün) zu sehen. Hierbei wurden 30% als Unentschiedene oder als Nichtwähler erfasst.



Im Gegensatz dazu führte die vereinigte Oppositionsliste noch im Vormonat mit 49% Stimmen der sicheren Wähler vor 46% von Fidesz/KDNP, den Zahlen von IDEA nach. Dem Institut zufolge bieten die Ergebnisse vom Juni und Juli Rückschluss auf die Unsicherheit der Wähler bezüglich des oppositionellen Spektrums.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Veranstaltungen

Vom 25. Bis 29. Juli empfing das Institut den Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz, Herrn **Prof. Dr. Andreas Rödder**, in Budapest. Im Rahmen seines Aufenthaltes wurde Rödders jüngst ins Ungarische übersetztes, vom MCC-eigenen Verlag herausgegebenes Buch „**Konservativ 21.0: Eine Agenda für Deutschland**“ in Debrecen und in Budapest vorgestellt. Bei der Buchbesprechung in Debrecen diskutierte Kanzleramtsminister **Dr. Gergely Gulyás** mit dem Autor über das Werk. Den Veranstaltungsbericht hierzu finden Sie unter diesem [Link](#).



Das Buch (in ungarischer Übersetzung) kann auf folgender [Website](#) erworben werden.

Pressberichte zu den Veranstaltungen finden sich auf Deutsch in der [Budapester Zeitung](#) und auf dem Online-Portal [Ungarn Heute](#). Ein von den Mitarbeitern unseres Instituts geführtes Interview mit Herrn Prof. Rödder wird in Kürze auf dem Online-Portal Ungarn Heute veröffentlicht werden.

Veröffentlichungen

Dem Leser seien zudem folgende jüngst erschienenen Beiträge empfohlen. Mitte Juli erschien in der NZZ der Artikel [Zwischen Haltung und Opportunismus: Der ungarisch-bayrische Rosenkrieg](#), in dem unter anderem die Expertise unseres Institutsleiters Dr. Bence Bauer gefragt war. Ein vom Redaktionsnetzwerk Deutschland veröffentlichtes Interview mit Dr. Bauer, das ebenso die deutsch-ungarischen Beziehungen zum Gegenstand hat, findet sich [hier](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem elektronischen Postkasten zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Dr. Bence Bauer LL.M.

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm M.A.

Sitz: 1016 Budapest, Somlói út 49-53.

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: www.magyarnemetintezet.hu

E-Mail: mni@mcc.hu